Deutsche Informationsstelle

DIE WIRTSCHAFTSKRAFT DES REICHES
Nr. 9

Dr. WILHELM UTERMANN

KRISENFREIE WIRTSCHAFT

Deutsche Verlags-Anstalt - Stuttgart - Berlin

Übersicht

Krisenfreie Wirtschaft

Deutschlands erfolgreiche Krisenüberwindung

Unzulängliche Krisenbekämpfung in anderen Ländern

Hohe Produktionsmittelerzeugung - Voraussetzung für hohe Allgemeinbeschäftigung

Staatliche Investitionstätigkeit führt zum Aufschwung

Wirtschaftslenkung als Mittel der Konjunktursicherung

Die private Wirtschaft im System der Wirtschaftslenkung

Politische und wirtschaftliche Voraussetzungen für krisenfreie Wirtschaft

Krisenfreie Wirtschaft

Die führenden Industrieländer weisen mit berechtigtem Stolz auf die gewaltigen Leistungen hin, die das technische Können und der Erfindergeist der letzten hundert Jahre hervorgebracht haben und täglich neu hervorbringen. Die großen Erfindungen der Neuzeit: Dampfkraft, elektrische Energie, Verbrennungsmotor und moderne Chemie haben die alten handwerklichen Produktionsverhältnisse umgestürzt und eine neue

wirtschaftliche Ara heraufgeführt. Auf ihnen beruht die neuzeitliche Massenerzeugung, durch die die natürliche Kraft unserer Hände zur Hervorbringung nützlicher Güter vervielfacht worden ist. Der Großbetrieb mit seinen gewaltigen Maschinen und Tausenden von Arbeitern ist das Merkmal unserer heutigen Produktionsverfassung geworden. Die Vervollkommnung der Verkehrsmittel, die sich gleichzeitig vollzog, ist der Verbesserung der Fabrikationsverfahren mindestens gleichgekommen. Engmaschige Eisenbahnnetze, ergänzt durch leistungsfähige Wasserwege und Kraftfahrstraßen, bedecken alle dichter besiedelten Länder, Dampf- und Motorschiffe größter Dimensionen durchqueren in kürzester Zeit die Weltmeere, und selbst die Luft ist bereits zu einem wichtigen Transportweg geworden.

Die Überwindung der räumlichen Schranken durch die Technik hat die verschiedenen Nationen aus der wirtschaftlichen Isolierung früherer Jahrhunderte herausgerissen und einen regen gegenseitigen Güteraustausch herbeigeführt. Im Zeichen der weltwirtschaftlichen Entfaltung können die besonderen Produktionsvorteile, über die jedes Land dank seiner klimatischen Bedingungen, seiner Bodenschätze oder der Geschicklichkeit seiner Bewohner für bestimmte Arbeiten verfügt, für alle am internationalen Handel beteiligten Länder nutzbar gemacht werden. Noch nie zuvor hat sich die Menschheit auf ähnlich günstige Bedingungen zur Befriedigung ihres Lebensbedarfs stützen können wie in unserer Zeit.

Trotzdem ist die Welt dieses großen Reichtums bisher nicht froh geworden. Schwere soziale Krisen haben den Siegeszug der Technik begleitet. Obwohl die Produktionsmöglichkeiten für Rohstoffe und Nahrungsmittel aller Art gewaltig gestiegen sind, ist das Dasein breitester Bevölkerungsschichten doch niemals frei geworden von drückender Armut und wirtschaftlicher Unsicherheit. Im Gegenteil, je weiter die kapitalistische Durchdringung aller Wirtschaftsbeziehungen voranging, um so größer wurden die sozialen Mißstände.

Vornehmlich waren es die *Wirtschaftskrisen*, die allen Ländern von Zeit zu Zeit schwersten Schaden zufügten und die Früchte vorangegangener besserer Jahre stets wieder zunichte zu machen drohten. Das karge, aber relativ gesicherte Leben früherer Jahrhunderte erscheint vielen Menschen erträglicher als ein Dasein, das zwar zeitweilig eine bessere Versorgung bietet, dafür aber von Perioden unterbrochen wird, welche die Grundlagen der Existenz in Fragen stellen. Da solche Krisen regelmäßig und mit

mathematischer Sicherheit wiederkehrten, hatte es den Anschein, als seien sie mit der herrschenden Produktionsverfassung unzertrennlich verbunden und der wirtschaftende Mensch sei ihnen rettungslos ausgeliefert. Die besten Nationalökonomen in aller Welt haben sich schon frühzeitig mit diesen geheimnisvollen Erschütterungen des Wirtschaftslebens befaßt. über ihre Erscheinungsweise und ihre vermeintlichen Ursachen ist eine umfangreiche Literatur entstanden, doch haben alle noch so tiefgründigen Untersuchungen keinen Weg weisen können, wie man Wirtschaftskrisen überwinden oder gar vermeiden könne. Das hat das Gefühl der Hilflosigkeit gegenüber dem Auf und Ab der Konjunkturen noch verstärkt.

Die politischen und sozialen Gefahren, die mit Rückschlägen der Wirtschaftsentwicklung einhergehen, sind besonders in jenen letzten Krisen deutlich geworden, von denen die Welt nach dem großen Kriege 1914 bis 1918 heimgesucht worden ist. *Eigentlich muß der ganze Zeitraum vom Abschluß der unglückseligen Friedensverträge bis zum Jahre 1933 als eine ununterbrochene Periode wirtschaftlicher Kraftlosigkeit angesehen werden.* Das Gespenst der Arbeitslosigkeit und der Verelendung großer Volksmassen konnte während dieser Zeit selbst in relativ guten Jahren in keinem Lande völlig gebannt werden, und der Welthandel hat sich niemals von dem Schlage erholt, den ihm der Krieg zugefügt hatte. Diese Notzeit hat naturgemäß allenthalben zu einer intensiven Beschäftigung mit dem Krisenproblem geführt. Aber es bedurfte erst noch *des völligen Zusammenbruchs der Weltwirtschaft* - in den Jahren, die auf die internationale Währungserschütterung von 1931 folgten -, ehe sich die Überzeugung durchsetzte, der Wirtschaftsablauf dürfe nicht sich selbst überlassen bleiben, wenn man nicht unabsehbares Unheil heraufbeschwören wolle. In dieser schwersten Krisenzeit haben sich einzelne Länder zu dem Entschluß aufgerafft, den Niedergangstendenzen eine aktive Krisenbekämpfungspolitik entgegenzustellen.

Deutschlands erfolgreiche Krisenüberwindung

Bei den mannigfachen Versuchen, die seitdem unternommen worden sind, um unabhängig vom Lauf der Weltkonjunktur einen wirtschaftlichen Wiederanstieg innerhalb der eigenen Nationalwirtschaft zu erzwingen, hat *nur die von Deutschland seit 1933 angewandte Methode der Krisenüberwindung einen überzeugenden Erfolg gehabt.*

Das ist umso bemerkenswerter, als Deutschland im der vorangegangenen Krise den schwersten Zusammenbruch erlitten und demzufolge auch den längsten Weg zur Wiedergesundung seiner Wirtschaft zurückzulegen hatte. Entblößt von auswärtigen Guthaben, bar aller Goldreserven und ohne die Aussicht, durch kreditierte Rohstofflieferungen vom Ausland her entlastet zu werden, war es bei seinem Versuch ausschließlich auf die eigenen Hilfsquellen, den Arbeitswillen und die Tüchtigkeit seiner Menschen, seine Produktionsanlagen und auf den beschränkten Vorrat an Rohstoffen angewiesen, der ihm in der Krise noch verblieben war. Gleichzeitig mit der Wirtschaftsankurbelung mußten außerdem zwei Störungsfaktoren beseitigt werden, die einem Wiederanstieg jederzeit hätten gefährlich werden können: die innenpolitische Zerrissenheit des Reichs und seine außenpolitische Fesselung durch das Versailler Diktat. Auch in politischer Hinsicht war also die Ausgangsstellung Deutschlands bei seinen Bemühungen, aus der Krise herauszukommen, ungünstiger als in anderen Ländern.

Umso glanzvoller ist der Verlauf, den die deutsche Wirtschaftsentwicklung während der folgenden Jahre genommen hat. Die nachstehende Zahlentafel gibt dazu einige Kennziffern.

Kennziffern zum deutschen Wirtschaftsaufschwung

	Arbeitslose	Beschäftigte	Industrieproduktion	Volkseinkommen
	in Millionen (im Jahresdurchschnitt)		Vol. 1932 ~ 100	in Mrd. RM.
1932	5,6	12,6	100,0	45,2
1933	4,8	13,0	113,8	46,5
1934	2,7	15,1	149,8	52,7
1935	2,2	15,9	176,5	58,7
1936	1,6	17,1	199,6	64,9
1937	0,9	18,4	220,0	72,6
1938	0,4	19,5	237,0	79,7

Innerhalb von sechs Jahren ist eine Arbeitslosigkeit von 6 Millionen - bis auf den kleinen Rest solcher Arbeitskräfte, die aus persönlichen Gründen nicht mehr arbeits- und einsatzfähig sind - beseitigt worden. Bereits im

Frühjahr 1938 überstieg auf vielen Gebieten die Menge der vorhandenen Arbeitsgelegenheiten die noch freien Arbeitskräfte; aus dem Problem der Arbeitsbeschaffung war das Problem der Arbeiterbeschaffung geworden. Die Zahl der beschäftigten Personen hat noch stärker zugenommen als die Arbeitslosigkeit zurückgegangen ist. Im Jahresdurchschnitt 1938 waren 7 Millionen oder 56 % mehr Arbeitnehmer in der deutschen Wirtschaft beschäftigt als 1932. Das Volumen der Industrieproduktion ist sogar noch ungleich stärker gestiegen, es hat sich mehr als verdoppelt. Darin kommt zum Ausdruck, daß auch die in der Krise allenthalben eingeführte Kurzarbeit beseitigt werden konnte. Der Anstieg der Produktionsleistung hat seinen Niederschlag gefunden in der Erhöhung des Volkseinkommens; dieses hat um 76 % zugenommen. Hieran waren vor allem die Einkommen aus Lohn und Gehalt sowie aus Handel und Gewerbebeteiligt. *So zeigte Deutschland nach sechs Jahren nationalsozialistischer Wirtschaftspolitik das Bild einer im Stadium der Vollbeschäftigung arbeitenden Wirtschaft.* Die meisten Wirtschaftsdaten - Zahl der Beschäftigten, Produktions- und Verkehrsumfang, Nahrungsmittelverbrauch, Volumen der Einzelhandelsumsätze, Volkseinkommen u. a. m. - übertrafen bei weitem den bis dahin günstigsten Stand der Nachkriegszeit, der in der Scheinblüte des Jahres 1929 erreicht worden war. Bis zum Kriegsausbruch im Jahre 1939 hat sich der Anstieg noch fortgesetzt.

Unzulängliche Krisenbekämpfung in anderen Ländern

Kein zweites Land kann auf ähnlich große Erfolge der Krisenbekämpfung hinweisen. Es ist zwar auch anderswo, wie etwa in den Vereinigten Staaten, gelungen, durch Einsatz öffentlicher Mittel die Beschäftigung zu heben und die Produktion zu steigern. Das Ausmaß der Wirtschaftsbelebung, das dort erreicht werden konnte, ist jedoch hinter den deutschen Ergebnissen beträchtlich zurückgeblieben. Nirgendwo ist man an das Stadium der Vollbeschäftigung herangekommen, und überall hat es stets noch Massen von Arbeitslosen gegeben, die trotz aller Bemühungen in den Wirtschaftsprozeß nicht haben eingegliedert werden können. So hat die Arbeitslosigkeit selbst im Zeitpunkt der besten Beschäftigung (Mitte 1937) in England noch 1,5 Millionen, in den Vereinigten Staaten sogar 6,1 Millionen betragen.

Der entscheidende Unterschied zwischen dem deutschen Aufschwung und der wirtschaftlichen Belebung, die in den demokratischen Ländern zu

verzeichnen war, besteht aber darin, daß sich in Deutschland bis zum Übergang in die Kriegswirtschaft nicht das geringste Anzeichen einer Erlahmung der Auftriebskräfte bemerkbar gemacht hat. In den anderen Ländern dagegen hat der Anstieg schon Mitte 1937 den Höhepunkt erreicht und ist dann durch einen neuen Rückschlag abgelöst worden, der in einen durch Schwankungen gekennzeichneten Zustand wirtschaftlicher Unsicherheit ausgelaufen ist. Die Aufschwungsperiode hat also nur knapp 4,5 Jahre gedauert, nicht länger als die privatwirtschaftlich getragenen Konjunkturen der Vergangenheit. Demgegenüber erstreckte sich der deutsche Anstieg bei Kriegsausbruch bereits über 6,5 Jahre, ohne daß ein Ende abzusehen gewesen wäre. Wenn schon das *Tempo* des deutschen Wirtschaftsaufschwungs im Ausland Bewunderung ausgelöst hatte, so hat die *Stetigkeit der Aufwärtsentwicklung* womöglich ein noch größeres Erstaunen hervorgerufen. Denn das Beispiel der deutschen Wirtschaft gibt den lang ersehnten Beweis dafür, daß es unter bestimmten Bedingungen, die im heutigen Deutschland erfüllt sind, möglich ist, in einer modernen Volkswirtschaft einen krisenfreien Zustand zu verwirklichen. Das ist eine Tatsache, die für das wirtschaftspolitische Denken und Handeln in aller Welt von vitaler Bedeutung ist. Am unmittelbarsten werden durch sie schon jetzt alle jene Länder berührt, die mit Deutschland in regem Handelsverkehr stehen und aus Gründen ihrer Wirtschaftsstruktur schlechthin darauf angewiesen sind, ihre überschüssigen Waren im Ausland abzusetzen. Diese Länder sind nunmehr in gleicher Weise Nutznießer der stabilen deutschen Wirtschaftsverhältnisse, wie sie ehemals Leidtragende der deutschen Krisen gewesen sind*). Je stärker sie sich auf den Warenaustausch mit Deutschland eingestellt haben, um so breiter ist die sichere Stütze, die ihnen zur Festigung ihrer eigenen Wirtschaftslage zur Verfügung steht.

**) Siehe hierzu in der gleichen Schriftenreihe die Arbeit von Franz Große: "Deutschland und der Südosten."*

Die Industrieproduktion Großbritanniens und der Vereinigten Staaten

	Engl. Index d. Board of Trade (1932 ~ 100)	Amerik. Index d. Federal Reserve Board (1932 = 100)
1932	100,0	100,0

1933	105,5	118,8
1934	117,2	124,3
1935	125,3	140,5
1935	137,5	163,8
1937	146,7	171,4
1938	137,3	134,4

Hohe Produktionsmittelerzeugung - Voraussetzung für hohe Allgemeinbeschäftigung

Die Aussicht, von den früheren Wechselfällen der Konjunktur fortan verschont zu bleiben, ist so verlockend, andererseits ist der Glaube daran im Ausland noch so ungefestigt, daß es sich verlohnt, auf die Eigenart des deutschen *"Wirtschaftswunders"* mit einigen Worten einzugehen.

Zum Verständnis des Konjunkturzusammenhanges ist es wichtig, sich klarzumachen, daß in einem modernen Industriestaat ein hoher allgemeiner Beschäftigungsgrad nur dann gegeben ist, wenn eine ausreichend *starke Investitionstätigkeit* vorhanden ist, wenn also neue Werke gebaut oder schon bestehende verbessert und ausgebaut werden. Vom Investitionsumfang hängen Absatz und Beschäftigung der Investitionsgüterindustrien ab. Diese arbeiten - wie die Eisenindustrie, der Eisen- und Stahlbau, die Maschinen-, Apparate- und Fahrzeugfabriken - für die Verbesserung und den Ausbau des volkswirtschaftlichen Produktionsapparates oder sie erzeugen - wie das Baugewerbe – lang dauernde Nutzungsgüter in Gestalt von Wohn- und Fabrikgebäuden sowie öffentlichen Bauten. Demgegenüber sorgen die Verbrauchsgüterindustrien, wie die Textilindustrie, das Bekleidungsgewerbe, die Lebensmittelindustrie und viele andere Zweige, unmittelbar für unseren täglichen Lebensbedarf. Obwohl im Verbrauchsgütersektor der Wirtschaft mehr Arbeitskräfte tätig sind als auf der Investitions- und Produktionsmittelseite, werden die allgemeinen Beschäftigungsschwankungen doch stets von den Produktionsmittelindustrien ausgelöst. Das hängt damit zusammen, daß der Absatz von Verbrauchsgütern von sich aus verhältnismäßig starr ist, während der Absatz von Produktionsgütern den stärksten Schwankungen ausgesetzt ist. Herstellung und Absatz von Produktionsmitteln werden in der "freien" Marktwirtschaft jeweils davon bestimmt, wie die investierenden Unternehmer die Rentabilität von Kapitalanlagen, die sie in

Erwägung gezogen haben, beurteilen. Bei diesen Entscheidungen, für deren privatwirtschaftliche Richtigkeit die Unternehmer mit ihrer wirtschaftlichen Existenz einstehen müssen, gehen sie sehr vorsichtig zu Werk; infolgedessen sind sie gegenüber allen Erscheinungen, die den künftigen Wirtschaftsverlauf beeinflussen können, außerordentlich empfindlich. Setzt sich unter ihnen hinsichtlich der Ertragsaussichten eine pessimistische Auffassung durch, dann nehmen ihre Investitionen ab, der Auftragseingang der Produktionsgüterindustrien geht zurück, die Produktionsmittelerzeugung muß eingeschränkt werden, und Arbeiter kommen dort zur Entlassung. Da Zuschnitt und Umfang der Verbrauchsgüterindustrien darauf eingerichtet sind, daß ein Teil ihrer Erzeugung an die in den Produktionsmittelindustrien beschäftigten Arbeiter abgesetzt wird, bleibt im Zusammenhang mit deren Kaufkraftausfall eine entsprechende Menge hergestellter Verbrauchsgüter unverkauft, bzw. ist nur noch zu niedrigeren Preisen abzusetzen. Dadurch treten im Verbrauchsgütersektor Verluste auf, auch hier wird die Erzeugung gedrosselt und auch hier werden Arbeiter freigesetzt. Dieser Prozeß kann sich wie eine Schraube ohne Ende nach unten fortsetzen, bis sich das Bild einer völlig desorganisierten Wirtschaft ergibt, in der Millionen von Arbeitskräften zu unfreiwilliger Untätigkeit verurteilt sind und ein großer Teil des in jahrzehntelanger Arbeit aufgebauten sachlichen Produktionsapparates nutzlos stilliegt.

Staatliche Investitionstätigkeit führt zum Aufschwung

Die Tatsache, daß Aufschwung und Krise bei den Investitionsgüterindustrien ihren Anfang nehmen und sich von hier aus über die ganze Breite der Wirtschaft hin fortpflanzen, ist der Ausgangspunkt gewesen, von dem aus die nationalsozialistische Regierung im Jahre 1933 an die Bekämpfung der deutschen Wirtschaftskrise herangegangen ist. Diesem Ziel diente zunächst *die eigene Investitionstätigkeit des Staates*, wie sie in den großen Arbeitsbeschaffungsprogrammen der ersten Aufschwungsjahre ihren Niederschlag gefunden hat. Der finanzielle Einsatz, der im Wege der Kreditausweitung durchgeführt. wurde, war größer, als er bis dahin in Deutschland selbst und im Ausland mit dem gleichen Ziel der Konjunkturankurbelung ohne Erfolg gemacht worden war; dafür zeigte sich schon sehr bald, daß die Zündung rasch gewirkt hatte. Ausgehend von der unmittelbaren Anstoßwirkung auf die Produktionsmittelindustrien,

verbreitete sich die Unternehmungslust nach und nach auf alle Gebiete. Schon nach dem ersten Aufschwungsjahr wurde die eingetretene Belebung nur noch zu einem Drittel der direkten Wirkung der öffentlichen Aufträge zugeschrieben, zu zwei Dritteln aber bereits der durch sie entfachten privaten Initiative. Das lag ganz im Sinn der staatlichen Konjunkturpolitik, der es nach dem groß angelegten unmittelbaren Angriff auf das Massenelend der Arbeitslosigkeit vor allem darauf ankam, die private Wirtschaft wieder instand zu setzen, auch durch eigene Anstrengungen und aus eigener Kraft die Aufrechterhaltung eines befriedigenden Wirtschaftsganges zu gewährleisten und damit zu ihrer natürlichen Funktion im Rahmen des sozialen Ganzen zurückzukehren.

Daß der nationalsozialistische Staat, wo irgend es zu vermeiden ist, nicht selbst Wirtschaft treiben will, ist oftmals von berufener Seite betont worden. Alle konjunkturpolitischen Maßnahmen, die zugleich mit der Arbeitsbeschaffung und späterhin ergriffen worden sind bestätigen, daß der Initiative des selbständigen Unternehmers ein möglichst weiter Spielraum gelassen wird, und daß die Tätigkeit des Staates sich in der Hauptsache darauf erstreckt, die Grenzen abzustecken, innerhalb deren sich diese Initiative fruchtbar entfalten kann, ihr den Weg zu ebnen und dafür zu sorgen, daß sie sich stets im Rahmen dessen hält, was für das Gemeinwohl und damit letzten Endes auch für die private Wirtschaft selbst am zuträglichsten ist.

Diese grundlegende Aufgabenteilung zwischen Staat und privater Wirtschaft auf wirtschaftlichem Gebiet durchzieht wie ein roter Faden den ganzen deutschen Aufschwung. Um sie herum sind alle jene Maßnahmen gewachsen, die heute in ihrer Gesamtheit das kunstvolle *System der Wirtschaftslenkung* bilden. Bei der Krisenüberwindung haben die öffentlichen Investitionen noch ganz im Mittelpunkt des staatlichen Handelns gestanden, für die Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung ist die planvolle Steuerung der Wirtschaftsvorgänge zum entscheidenden Faktor geworden. Das Geheimnis der Konjunktursicherung beruht also gerade hierauf. Während eine staatliche Finanzierung des Anstiegs auch in demokratisch regierten Ländern stattgefunden hat, ist die Ordnung der privaten Wirtschaftskräfte in dieser Vollständigkeit allein in Deutschland entwickelt worden; sie bildet das typische Merkmal der heutigen deutschen Wirtschaftsverfassung.

Wirtschaftslenkung als Mittel der Konjunktursicherung

Der Weg zu diesem Zustand begann mit der bewußten Förderung der privaten Investitionsbereitschaft, wie sie schon bei Beginn des Aufschwungs in der steuerlichen Begünstigung von Ersatzinvestitionen sowie in der Steuerfreiheit für neue Kraftfahrzeuge zum Ausdruck kam. - Die nächste Etappe war *die absolute Sicherung des Arbeitsfriedens*, dessen Störung durch Streiks und sonstige Lohnkämpfe, wie andererseits auch durch Aussperrungen von seiten der Unternehmer häufig der Ursprung krisenhafter Entwicklungen gewesen ist. - Die Herausnahme der *Landwirtschaft* aus dem allgemeinen Marktgeschehen, ihre finanzielle Konsolidierung sowie ihre Unterstellung unter eine eigene Marktordnung beseitigte die Unsicherheit, mit der dieser Wirtschaftssektor infolge der unberechenbaren Schwankungen der Ernteerträge die Gesamtwirtschaft stets belastet hatte. - Schon frühzeitig wurde auch vor allem darauf geachtet, daß die üblichen Auswüchse einer sich selbst überlassenen Konjunktur, vornehmlich der gefährliche Lohn- und Preisauftrieb, vermieden wurden. Die Degression der Kosten bei steigendem Beschäftigungsgrad, d. h. die Abnahme der Produktionskosten pro Einheit, sicherte den Unternehmungen auch ohne Preisaufbesserungen ein für den Gesundungsprozeß ausreichendes Einkommen. Sie konnten die in der Krise aufgelaufene Schuldenlast abtragen, neue Investitionsmittel ansammeln und ihre Steuerkraft zurückgewinnen. Durch die Beseitigung der Kurzarbeit, sowie durch die Steigerung der Arbeitsproduktivität erfuhren auch die *Arbeitsverdienste* eine nennenswerte Zunahme, ohne daß die Lohnsätze erhöht zu werden brauchten. Nur in solchen Fällen, in denen einzelne Preise und Löhne auf einem offenbar krisenbedingten Tiefstand festgehalten wurden, fand eine Korrektur nach oben statt; das betraf vor allem auch das Gebiet der landwirtschaftlichen Preise. Andererseits konnten auch eine Reihe von Waren im Preise gesenkt werden, so daß das *Preisniveau* im ganzen eine kaum merkliche Erhöhung erfahren hat. Die *Großhandelspreise* sind zwischen 1933 und 1939 um 14 % gestiegen, großenteils bedingt durch den Preisanstieg der Einfuhrgüter; die *Lebenshaltungskosten* haben sogar nur um knapp 7 % zugenommen. - Hand in Hand mit der zunehmenden Kapitalbildung in der privaten Sphäre wurde durch *staatliche Investitionsbeeinflussung* der Gefahr von Fehlinvestitionen vorgebeugt und die Vornahme Konjunktur und staatspolitisch erwünschter Kapitalanlagen gefördert. Für zahlreiche, besonders konjunkturbegünstigte Wirtschaftszweige wurden *Errichtungsverbote* erlassen, um übermäßige Betriebserweiterungen, die

auf die Dauer nicht gerechtfertigt gewesen wären, im Keime zu ersticken. Ein *Verarbeitungszwang* für bestimmte Inlandsrohstoffe sowie Verarbeitungsbeschränkungen und -verbote für gewisse Auslandsrohstoffe dienten dem Ziel, die vom Auslandsbezug drohenden Störungen der Rohstoffversorgung auf ein Mindestmaß herabzudrücken und gleichzeitig - zusammen mit anderen Maßnahmen - die Erweiterung der inländischen Rohstofferzeugung vorwärts zu treiben.

Seine äußerste Verfeinerung erhielt das System planmäßiger Steuerung, als sich die Wirtschaft dem Zustand der Vollbeschäftigung näherte. Bei freiem Ablauf der Konjunktur pflegen in diesem Zeitpunkt Spannungen aufzutreten, die das Nahen der Krise ankündigen. In Deutschland ist es nicht nur gelungen, solche Spannungen nahezu auszuschalten, es konnte sogar in diesem kritischen Stadium die Produktion noch gesteigert und der Aufschwung fortgesetzt werden. Hierbei hat man sich auf die Tatsache gestützt, daß in allen Bereichen der Wirtschaft, ja selbst in jedem einzelnen Betrieb, noch ein mehr oder weniger großer Spielraum für eine Rationalisierung der Arbeitsvorgänge vorhanden ist. Außerdem befanden sich noch zahlreiche Arbeitskräfte mit spezieller Fachausbildung in Stellungen, in denen sie keine ihrer Vorbildung und ihren Fähigkeiten voll entsprechende Tätigkeit ausübten. Schließlich konnten auch begabte ungelernte Arbeiter sowie Fachkräfte aus solchen Industriezweigen, in denen sich der Aufschwung weniger stark ausgewirkt hatte, durch eine kurzfristige Sonderausbildung für andere Tätigkeiten gewonnen werden, die allgemeinwirtschaftlich nützlicher waren und ihnen bessere Verdienstmöglichkeiten boten. Auf diese Weise sind in manchen. Zweigen, wie z. B. in Handwerk und Handel, viele Arbeitskräfte frei gemacht oder umgeschult worden. Zusammen mit einer sorgfältigen Nachwuchslenkung hat die Rationalisierung des Arbeitseinsatzes während des Hochstandes der Beschäftigung einen Grad erreicht, wie er in einer "freien Marktwirtschaft" niemals verwirklicht werden kann.

Schon die stichwortartige Aufzählung der hervorstechendsten Maßnahmen staatlicher Wirtschaftslenkung gibt einen Begriff davon, welch gewaltiges Maß an organisatorischer Arbeit dahinter steht. Der frühere staatliche Verwaltungsapparat allein hätte diese zusätzliche Arbeit naturgemäß nicht leisten können. Es mußte eine große Zahl neuer wirtschaftlicher Verwaltungsstellen geschaffen werden. Aber auch das hätte den Erfolg noch nicht verbürgt. Wertvolle Hilfe bei der praktischen Durchführung und vielerlei Anregungen hat die Wirtschaft selbst beigesteuert durch ihre*

neuen Selbstverwaltungsorgane, die Kammern und *Gruppen in der Organisation der gewerblichen Wirtschaft* sowie durch die *Deutsche Arbeitsfront*, den Zusammenschluß der Arbeitnehmer und Arbeitgeber, der die alten klassenkämpferischen Organisationen abgelöst hat. Alles verbindend und alles durchdringend hat aber die *Partei* den entscheidenden Einfluß auf den Erfolg der staatlichen Wirtschaftspolitik gehabt; ihr ist es zu verdanken, daß sich der Grundsatz "Gemeinnutz geht vor Eigennutz" als Richtschnur für alle wirtschaftspolitischen Wünsche und Handlungen durchgesetzt hat. Nur durch diese *ethische Neuformung des allgemeinen Wirtschaftsdenkens* konnte vermieden werden, daß der Gesundungsprozeß der Wirtschaft wie ehemals durch wirtschaftliche Sonderinteressen gefährdet wurde. *Die staatliche Wirtschaftslenkung in Deutschland ist daher nicht ein System von Verwaltungsmaßnahmen, das von einer wirklichkeitsfremden Bürokratie am grünen Tisch ausgeklügelt worden ist, sie ist vielmehr in Zusammenarbeit aller Beteiligten entstanden und eine wahre Gemeinschaftsarbeit des gesamten Volkes.*

Die private Wirtschaft im System der Wirtschaftslenkung

Die Gewißheit, daß der Zustand der Vollbeschäftigung nicht etwa nur ein Durchgangsstadium ist, auf das Jederzeit wieder eine Krise folgen kann, daß wir vielmehr tatsächlich am Beginn einer krisenfreien, "konjunkturlosen- Wirtschaftsentwicklung stehen, diese Gewißheit beruht - rein wirtschaftlich gesehen - auf folgender Überlegung: Wie schon erwähnt, ist die Vorbedingung für einen hohen Beschäftigungsgrad eine ausreichende Investitionstätigkeit, durch die allein die Beschäftigung der Produktionsmittelindustrie und damit letzten Endes der Gesamtwirtschaft gewährleistet ist. In einer am Privateigentum an den Produktionsmitteln festhaltenden Wirtschaft sind auf lange Sicht stets die privaten Unternehmungen die hauptsächlichsten Träger der Investitionstätigkeit. Ihre Investitionsbereitschaft auf der Höhe zu halten, ist deshalb das Haupterfordernis zur Sicherung der Vollbeschäftigung. Das ist in Deutschland dadurch geschehen, daß die wesentlichen Störungsfaktoren aus dem Wege geräumt worden sind, die die Initiative der Unternehmer immer wieder gelähmt und sie daran gehindert hatten, ihre volkswirtschaftliche Funktion als Träger der Investitionstätigkeit zu erfüllen. Das Vorhandensein eines starken Staates, der die Gewähr für innen- und außenpolitische Sicherheit bietet, brachte in dieser Beziehung die entscheidende Wendung. Durch die schon im einzelnen geschilderte

Zügelung der Auftriebskräfte, in deren Mittelpunkt die Lohn- und Preispolitik steht, sind außerdem alle denkbaren Krisenquellen verschlossen worden. Das gewährleistet den Unternehmungen auch für die Zukunft gleichbleibend gute Absatzmöglichkeiten. All dies macht eine wirtschaftliche Kalkulation auf lange Sicht möglich, in der an die Stelle der unberechenbaren Risiken früherer Zelt feste Größen getreten sind. Auf dieser sicheren Grundlage kann sich die Unternehmerinitiative besser und auch freier entfalten als bisher. Denn was bleibt schließlich in der liberalen Wirtschaft von der durch nichts beschränkten Handlungsfreiheit der Unternehmer übrig, wenn die Möglichkeit, ganz nach eigenem Ermessen zu investieren, nur in der kurzen Zeit des jeweiligen Aufschwungs wirklich besteht, aber alle paar Jahre in der Krise durch die Unmöglichkeit abgelöst wird, überhaupt zu investieren? Daß die staatlich gesteuerte Wirtschaft den Betätigungsdrang regsamer Unternehmerpersönlichkeiten nicht etwa drosselt, sondern ermutigt, wird schon dadurch hinreichend bewiesen, daß hier das ununterbrochen hohe Volumen der privaten Investitionen im Endergebnis und auf lange Sicht größer ist als die schwankenden Investitionsgrößen in einer sich selbst überlassenen Marktwirtschaft.

Die Entwicklung der politischen Lage in der Welt hat es freilich verhindert, daß die private Investitionstätigkeit ihre Bedeutung in der durch staatliche Lenkung gesicherten Konjunktur schon jetzt voll unter Beweis stellen konnte. Bevor die Privatwirtschaft zum hauptsächlichen Träger des Aufschwungs hatte werden können, wurde das Reich vor die Notwendigkeit gestellt, in schnellem Tempo die Aufrüstung durchzuführen. An die Stelle der Investitionen zur Arbeitsbeschaffung traten nunmehr die Rüstungsvorhaben. Diese neue öffentliche Investitionswelle war ausschließlich allgemeinpolitisch bedingt, konjunkturpolitisch wäre sie nicht mehr erforderlich gewesen. Die Bereitschaft der Privatwirtschaft zu Neuanlagen war zu dieser Zeit bereits sehr stark; es bedurfte einschneidender Maßnahmen, um die Vorrangstellung des Reichs zur Durchführung seiner Aufgaben zu sichern. Durch diese letzte Entwicklung wird in etwa auch die Tatsache verdeckt, daß die Kosten der eigentlichen Aufschwungsfinanzierung, die sich ja nur auf einen kleinen Teil der gesamten öffentlichen Investitionsausgaben seit 1933 beschränken, sehr gering gewesen sind. Sie stehen in gar keinem Verhältnis zu der gewaltigen Einkommensschöpfung, die sie bewirkt haben. Die öffentliche Finanzwirtschaft ist durch sie niemals in kritische

Situationen gebracht worden, zumal sich die Steuereingänge schon sehr frühzeitig der allgemeinen Aufwärtsbewegung anschlossen*).

**) Siehe hierzu in der gleichen Schriftenreihe die Arbeit von Prof. Schuster: "Die deutsche Finanzpolitik - kein Wirtschaftswunder!"*

Politische und wirtschaftliche Voraussetzungen für krisenfreie Wirtschaft

Der Erfolg, den die von Deutschland entwickelte Methode der Krisenbekämpfung und der Konjunktursicherung gehabt hat, ist so offenkundig, daß es nur natürlich wäre, wenn das deutsche Beispiel auch in anderen Ländern Nachahmung fände. Es ist jedoch zu beachten, daß Anwendung und Wirksamkeit der geschilderten Maßnahmen von Voraussetzungen abhängen, die keineswegs überall gegeben sind. So leuchtet es ohne weiteres ein, daß eine "autonome", d. h. vom Ausland unabhängige Konjunkturpolitik, wie sie Deutschland betrieben hat, nur dann möglich ist, wenn sich der Aufschwung zum größten Teil auf die im Lande selbst vorhandenen Hilfsmittel, Rohstoffe und Nahrungsmittel stützen kann. Selbst bei der relativ geringen Abhängigkeit Deutschlands vom Warenbezug aus dem Ausland war es nicht immer ganz leicht, von außen kommende Störungen - wie z. B. den Einfluß der äußeren Preisentwicklung auf das innere Preisniveau - völlig fernzuhalten. Der Gegensatz zwischen inländischer und ausländischer Wirtschaftsentwicklung erzeugt in den Außenhandelsbeziehungen Spannungen, die in Deutschland durch Außenhandelskontrolle und Devisenbewirtschaftung bewältigt wurden. Länder mit einer einseitigen Wirtschaftsstruktur werden es daher schwerer haben, sich auf eine krisenfreie Wirtschaft nach deutschem Muster umzustellen. Hierbei handelt es sich vornehmlich um kleinere Länder, die teils aus klimatischen Gründen, aber auch wegen der Kleinheit ihres Gebietes und ihrer Bevölkerung innerhalb ihrer Grenzen nur wenige Wirtschaftszweige gut entwickeln können, für einen wesentlichen Teil ihres Lebensbedarfs hingegen auf den Güteraustausch mit dem Ausland angewiesen sind. Solche Länder ziehen zwar, insoweit sie mit Deutschland Handel treiben, schon jetzt Nutzen aus dem deutschen Vorgehen, sie können ihn aber noch wesentlich steigern und damit eine eigene Konjunkturpolitik überflüssig machen, wenn sie sich in noch stärkerem Maße auf Güteraustausch mit Deutschland einstellen.

Die zweite Voraussetzung für eine Wirtschaftspolitik, die der deutschen ähnlich sieht, ist das *Vorhandensein einer autoritären Staatsgewalt*. Damit scheiden die großen demokratisch regierten Länder für eine Politik der krisenfreien Wirtschaft aus. In diesen Ländern ist es schon schwierig gewesen, die erste Phase der Krisenbekämpfung, bei der es sich im wesentlichen um die Größe des einmaligen Einsatzes öffentlicher Mittel handelt, glatt durchzuführen. Geradezu unmöglich würde es sein, ein System der Wirtschaftslenkung, wie es in Deutschland seit 1933 geschaffen worden ist, auf parlamentarischem Wege auszuarbeiten. Kein Parlamentsbetrieb der Welt wäre imstande, einen so gewaltigen Stoff in angemessener Zeit zu bewältigen. Welche Schwierigkeiten würden aber erst entstehen, wenn es sich darum handelte, die unzähligen Sonderinteressen, die durch diese oder jene Maßnahmen zwangsläufig berührt würden, mit dem Gesamtinteresse in Einklang zu bringen! In den Grundfragen der wirtschaftlichen Existenz eines Volkes, um die es hier geht, sind Kompromisse nicht möglich. *Nur ein unabhängiger starker Staat, der auf wirtschaftliche Sonderwünsche keine Rücksicht zu nehmen braucht und sein Handeln rein auf Zweckmäßigkeitsgründe stützen kann, findet auf diese Fragen die eindeutige und richtige Lösung.*

Wenn somit die deutsche Wirtschaftspolitik während des Aufschwungs kein allgemein gültiges Rezept für das Verhalten anderer Länder abgibt, so wird sie trotzdem das internationale Leben nachhaltig beeinflussen. Es wurde schon angedeutet, daß die Anziehungskraft des deutschen Marktes für zahlreiche Länder in den letzten Jahren zugenommen hat. Diese Tendenz wird sich im Zusammenhang mit der im Gange befindlichen Neuordnung Europas noch verstärken. Am politischen Horizont zeichnen sich bereits die Umrisse eines Staatenblocks ab - verbunden durch politische Freundschaften und gemeinsame wirtschaftliche Interessen - in dem eine weitgehende konjunkturpolitische Zusammenarbeit möglich sein wird. Dieser Raum verfügt in noch höherem Grade als Deutschland allein über die Voraussetzungen, die einen krisenfreien Zustand möglich machen. Die Grenzen, die einem autonomen Aufschwung in Deutschland durch das Potential der außenwirtschaftlichen Beziehungen gezogen waren, werden im größeren Raum kaum zu verspüren sein. Damit entfallen auch viele Maßnahmen der Rohstoff- und Devisenbewirtschaftung, der privaten Initiative kann ein weiterer Spielraum eingeräumt werden. Es kommt hinzu, daß mit der Größe des Raumes auch das Betätigungsfeld für die private Investitionstätigkeit umfangreicher und mannigfaltiger wird.

Wenn wir auch nicht zu befürchten brauchen, daß die privaten Investitionsmöglichkeiten in Deutschland selbst jemals zu gering werden, um eine Vollbeschäftigung der deutschen Wirtschaft zu gewährleisten, so ist es doch gut, zu wissen, daß in den wirtschaftlich mehr zurückgebliebenen europäischen Ländern noch geradezu unerschöpfliche Investitionsaufgaben vorliegen, die alle europäischen Industrien auf Generationen hinaus beschäftigen können. Die Inangriffnahme dieser gewaltigen Aufgabe ist durch den Erfolg der deutschen Wirtschaftspolitik nunmehr in greifbare Nähe gerückt.